



DOSSIER



KAS MADRID

17. SEPTEMBER 2014

AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

Wird Katalonien zu Spaniens Schottland?

Nach dem eng vernetzten Kalender der Befürworter soll dem Referendum in Schottland am 18. September bereits am 9. November eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit von Katalonien folgen.



Neben vielen Gemeinsamkeiten bei Ursachen, Motiven und Zielen gibt es indes gravierende Unterschiede zwischen beiden Regionen. Der wichtigste dürfte sein, dass - anders als in Schottland - ein Referendum in Katalonien ohne politischen Konsens und verfassungsrechtliche Grundlage abgehalten würde. Wenn deshalb das katalanische Parlament in diesen Tagen wie geplant ein eigenes „Referendum-Gesetz“ verabschieden sollte, wird die Madrider Zentralregierung unverzüglich das spanische Verfassungsgericht anrufen, um dessen Verfassungswidrigkeit feststellen zu lassen.

Es steht zu erwarten, dass ein Teil der heterogenen Gruppe der katalanischen Nationalisten, insbesondere die Linksrepublikaner von „Esquerra“, auf deren Unterstützung die Regierung in Barcelona angewiesen ist, dazu aufrufen wird, das Urteil zu ignorieren. Für diesen Fall droht ein heftiger Konflikt, in der Bevölkerung, unter den Anhängern eines Referendums und zwischen

den Regierungen in Madrid und Barcelona. Der Ausgang ist ungewiss. Vorsichtshalber hat das spanische Innenministerium bereits die Polizei in Katalonien auf ihre Pflichten zum Schutz der Verfassung hinwiesen.

Als Kompromiss unter den Katalanen könnte am Ende die Entscheidung stehen, vorgezogene Neuwahlen in Katalonien durchzuführen und sie zu der „Volksabstimmung“ zu stilisieren, die ihnen „verweigert“ wurde. Ihr Ausgang dürfte den radikalen Kräften weiteren Auftrieb geben und Ministerpräsident Artur Mas am Ende die zweite Niederlage nach den – ebenfalls vorgezogenen – Wahlen von 2012 bescheren. Er hat zwar den Geist des Referendums aus der Flasche gelassen, kann ihn aber nicht mehr kontrollieren und muss zudem mit dem Verdacht leben, am Ende (anders als Esquerra) doch noch einen Kompromiss mit der Zentralregierung einzugehen, anstatt konsequent auf Unabhängigkeit zu drängen.

Natürlich werden alle Beteiligten in Spanien Ablauf, Ergebnis und Folgen des schottischen Referendums genau analysieren.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus schon heute ziehen?

1 - Wer mit der Volksabstimmung die Hoffnung auf eine schnelle Befriedung des langjährigen Konflikts zwischen Nationalisten und Unionisten verbunden hat, dürfte enttäuscht werden. Die Kampagne der letzten Monate, die mit ihr verbundene emotionale Entfremdung von Gegnern und Befürwortern der Unabhängigkeit und ein voraussichtlich knappes Ergebnis werden die Glut nicht zum Erlöschen bringen.

DOSSIER
SCHOTTLAND UND
KATALONIEN
SEPTEMBER 2014

THOMAS BERND STEHLING

www.kas.de/spanien

Gleiches ist in Katalonien zu erwarten. Auch hier werden die Töne schriller und unversöhnlicher. Ein vernunftbegabter Diskurs wird immer schwerer.

2 - Keines der denkbaren Ergebnisse eines Referendums in den beiden Ländern wird daran unmittelbar etwas ändern. In Schottland drohen im Fall eines Erfolges von Ministerpräsident Salmond und seiner SNP allen Beteiligten langwierige und komplexe Verhandlungen, bevor die Unabhängigkeit nach dem vorgesehenen Fahrplan im März 2016 realisiert werden kann. Die Themen reichen von der künftigen Währung, der Aufteilung von Schulden und Infrastruktur bis hin zur Stationierung des atomaren Verteidigungsprogramms Trident.

Mit NATO und EU sind Verhandlungen zu beginnen, die für Schottland noch komplexer würden, als für Katalonien. Für die Zugehörigkeit zur EU müsste nicht nur eine Einstimmigkeit unter allen EU-Mitgliedern erreicht werden, Schottland müsste sich zudem auch zu einem Beitritt zum Euro und zum Schengen-Abkommen verpflichten. Die "Grenze" zwischen Schottland und England würde damit zur Außengrenze der EU.

Für den Fall eines „Nein“ der Schotten zur Unabhängigkeit haben die britische Regierung aus Konservativen und Liberal Demokraten wie auch die Labour-Party bereits weitere Zugeständnisse für zusätzliche Autonomierechte bei Steuern und der Sozialpolitik für Schottland angekündigt.

Dies stößt allerdings schon jetzt auf Widerstand, insbesondere bei Abgeordneten der Tories. Sie verlangen im Gegenzug gleiche Rechte für England und würden eine Gesetzesvorlage allein zugunsten Schottlands ablehnen. Großbritanniens politische Architektur insgesamt stünde damit zur Diskussion.

In Spanien wäre zu erwarten, dass signifikante Sonderregeln für Katalonien aus anderen Landesteilen erheblicher

Opposition ausgesetzt wären. Streit und weitere Unruhen wären die Folgen. Schon jetzt zeigt sich, dass das Prinzip individueller Vereinbarungen zwischen Zentralregierung und Autonomen Regionen anstelle eines „föderalen Dachs“ mit einheitlichen Regeln nicht zukunftsfähig ist.

3 - Vor diesem Hintergrund wird in Großbritannien wie in Spanien auf mittlere Sicht weder ein Sieg der Befürworter, noch der Gegner der Unabhängigkeit zu Berechenbarkeit und Klarheit führen. Die Gesellschaften sind gespalten, die politische Entfremdung ist größer geworden, Instabilität gewachsen, die Rahmenbedingungen für Investitionen, Wachstum und neue Arbeitsplätze geschwächt.

Ein britischer Abgeordneter fasst dies so zusammen: *"We don't know what is going to happen after the referendum. We only know: Nothing will ever be the same"*.

Das dürfte zur Vertrauensbildung in unruhigen Zeiten nicht ausreichen.



Ein Plakat des schottischen Ablegers der separatistisch-katalanischen ANC, Quelle: ANC-Escòcia

4 - Ein Referendum dieser Art kann kluge, gestaltende Politik nicht ersetzen. Es schwächt die Chancen für Vertrauensbildung und Ausgleich. Das „last-minute“-Angebot an die Schotten, ausgerechnet von der Labour-Opposition für die Regierung von David Cameron formuliert, hätte nicht den Geruch von Panik und Schlussverkauf gehabt, wenn es früher eingebracht worden wäre – als Verhandlungen noch möglich waren. So wurde es als

„zynischer Bestechungsversuch“ zurückgewiesen. Umgekehrt haben Salmond und seine SNP über Jahre hinweg zu einer immer grösser werdenden Verhärtung des Verhältnisses zu London beigetragen und die Kompromissbildung erschwert.

In Katalonien setzt Artur Mas Amt und Ansehen aufs Spiel, weil er sich zunehmend uneinsichtig zeigt und seine Region immer weiter in einen Konflikt treibt, den er nicht gewinnen kann. Den Zeitpunkt zur Umkehr hat er verpasst. Der spanische Regierungschef Rajoy wird seinerseits längst realisiert haben, dass er der Lokführer eines der beiden Züge ist, die gegenwärtig aufeinander zurasen. Die Warnlampen leuchten, aber die Geschwindigkeit wird (noch) nicht gedrosselt. Sollte es nach vorgezogenen Wahlen einen Regierungswechsel in Katalonien geben, dürfte der Preis für Kompromisse noch weiter steigen.

Deshalb wäre es jetzt an der Zeit für einen „Pakt der Vernunft“, der die sozialistische Opposition einbezieht und Katalonien sowie den anderen Autonomen Regionen ein Gesprächsangebot macht, das über den Wahltermin 2015 hinausreicht.

Es ist fraglich, ob dies die Beteiligten aus eigener Kraft noch zustande bringen können.



Quelle: Judesba / Wikipedia

5 - Erst im letzten Moment hat in und über Schottland eine Debatte stattgefunden, bei der es nicht nur um die „Überschriften“ ging, sondern auch um

das „Kleingedruckte“, die „Terms and Conditions“ einer Loslösung von Großbritannien. Selbst wichtige Wirtschaftsführer des Landes brauchten erst den Anstoß bei einem abendlichen Empfang in Downing Street, um über die Folgen der Unabhängigkeit zu reden. David Cameron erinnerte sie an den gemeinsamen Kampf aller Briten gegen die Hitler-Diktatur – eine Erinnerung, die nicht fehlen darf, wenn es ernst wird im Vereinigten Königreich.

Seither wissen die Schotten aber zumindest, dass ihnen bei einem „Yes-Vote“ der Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen droht und die Preise für Gebrauchsgüter des täglichen Lebens steigen würden. Genau hinterfragt werden konnten solche Szenarien aber am Ende ebenso wenig, wie ihre pauschale Zurückweisung durch Salmond als „Angstmacherei“. Ungeklärt blieben bis zum Ende Umfang und Verfügbarkeit des vor der Küste Schottlands liegenden Nordsee-Öls, das eine der wichtigsten Grundlagen für die „blühende Zukunft“ eines unabhängigen Schottlands bilden soll.

Auch in Katalonien können die größten Massendemonstrationen einen gesellschaftlichen Diskurs über Bedingungen und Folgen der Unabhängigkeit nicht ersetzen. Er findet nicht oder nur sehr begrenzt statt. Ihn anzuregen und zu befördern wäre ebenfalls Sache eines breiten Bündnisses gegen Gleichgültigkeit oder Leichtfertigkeit.

Der scheidende EU-Kommissionspräsident Barroso hat gesagt, ein unabhängiges Katalonien müsse sich „hinten anstellen“, wenn es in die EU aufgenommen werden wolle. Auch Artur Mas hat dies als „Angstmacherei“ zurückgewiesen und angemerkt, es werde schon auch im Interesse der europäischen Partner liegen, Katalonien nicht auf Dauer als weißen Fleck auf der Landkarte der EU zu haben. Das wird zutreffen. Aber was ist in der Zwischenzeit der Status für Bürger, Handel und Verkehrsströme?

6 - Wie über lange Zeit in London oder Madrid, finden die Unabhängigkeitsbewegungen auch in Brüssel und den übrigen Hauptstädten Europas nur allmählich Beachtung, wurden lange unterschätzt oder als Angelegenheit der jeweiligen Mitgliedsstaaten betrachtet.

Dabei überschneiden sich Ursachen und Ziele an vielen Stellen mit der wachsenden Zahl von Parteien und Gruppierungen am linken und rechten Rand, die in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten zunehmend an Gewicht gewinnen. Sie betreiben eine Politik der Reduzierung auf eigene, unmittelbare Interessen und schwächen einzeln und in ihrer Summe die Bildung eines starken und geeinten Europas.



Quelle: Ephemeral T-Shirts

Dies gilt umso mehr in Zeiten neuer, internationaler Herausforderungen. Die wenigen Einlassungen in der Schottland-Debatte zu den Themen der Außen- und Sicherheitspolitik konzentrierten sich auf den Verzicht auf nukleare Abschreckung und das Trident-System, eine Reduzierung der Verteidigungsausgaben zugunsten eines höheren Anteils für Sozialausgaben, sowie auf die Bekämpfung des Klimawandels und der Eisschmelze in der Arktis.

Ein Austritt Schottlands würden die Rolle sowie den politischen und militärischen Gestaltungsspielraum Großbritanniens in Europa und der Welt dramatisch reduzieren. Daneben würden die Verhandlungen mit Schottland über

dessen Unabhängigkeit bis 2016 erhebliche Kräfte binden, begleitet und gefolgt möglicherweise von den Verhandlungen des verbleibenden Teils des (ehemals) Vereinten Königreichs über die künftigen Bedingungen seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach den Unterhauswahlen im Mai 2015.

Wer sollte oder könnte den (teilweisen?) Ausfall eines so wichtigen Partners in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen?

Präsident Obama sah sich deshalb im Juni veranlasst, die Hoffnung auszudrücken, dass Großbritannien „a strong, robust, united and effective partner“ bleiben möge.

Etwas Ähnliches wird vermutlich über Spanien zu sagen sein, wenn die Entwicklungen dort in vergleichbarer Deutlichkeit allen Verantwortlichen bewusst werden.

Zu den Lehren aus Schottland gehört deshalb die Einsicht, dass europäische Partner, schon im eigenen Interesse, eingreifen, helfen und vermitteln sollten, wenn ansonsten die Gefahr besteht, dass die Gemeinschaft durch innenpolitische Konflikte insgesamt geschwächt wird und die Lastenverteilung unter den Partnern aus den Fugen gerät.

Europapolitik ist Innenpolitik. Dieser Satz gilt mittlerweile aber auch umgekehrt.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid